

## WTO

Ist die Welthandelsrunde noch zu retten? Kurz vor dem sechsten WTO-Gipfel in Hongkong liegen die Nerven blank. Denn dieser könnte ebenso scheitern wie der letzte vor zwei Jahren in Cancún, Mexiko. Die Entwicklungs- und Schwellenländer wehren sich immer stärker gegen die Liberalisierungsforderungen der Industrieländer. Doch auch in den reichen Ländern gibt es VerliererInnen: In Bern gingen vergangene Woche zehntausend BäuerInnen auf die Strasse, weil sie in den WTO-Verhandlungen vom 13. bis 18. Dezember einen Angriff auf ihre Existenz sehen.

Marianne Hochuli von der Entwicklungsorganisation Erklärung von Bern (EvB) erklärt in diesem WTO-Spezial, worum es geht und welche Interessen die verschiedenen Akteure vertreten.



**Auf die Barrikaden:** Tausende von Schweizer BäuerInnen protestieren am 17. November in Bern gegen sinkende Preise, weniger Subventionen und tiefere Importzölle.

**WTO-MINISTERKONFERENZ** Die HandelsministerInnen aus Nord und Süd streiten sich über weitere Marktöffnungen in den drei Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen und Industriegüter.

# Was in Hongkong auf dem Spiel steht

Am 13. Dezember beginnt in Hongkong die sechste Ministerkonferenz, doch schon jetzt herrscht bei der Welthandelsorganisation hektisches Treiben. VertreterInnen der 148 Mitgliedsländer treffen sich in den unterschiedlichsten Formationen und versuchen, ein Debakel zu verhindern.

Das dominierende Thema ist die Landwirtschaft. Insbesondere die grossen Agrarexporture wie die USA, aber auch Brasilien als Anführerin der G 20 (der Gruppe der starken Länder des Südens) fordern einen weitgehenden Zollabbau, um ihrer Agrarindustrie neue Märkte zu erschliessen. Dagegen wehren sich die agrarimportierenden Staaten, zu denen viele Entwicklungsländer gehören. Durch einen radikalen Zollabbau würden sie einer Flut von billigeren importierten Agrarprodukten ausgesetzt, was für die einheimischen KleinbäuerInnen existenzgefährdend wirken würde. Die Entwicklungsländer können sich kaum Unterstützungszahlungen an die KleinbäuerInnen leisten, wenn diese Einkommenseinbussen erleiden. Sie plädieren darum auf das Recht, diejenigen Produkte, die für die Ernährungssicherung und die ländliche Entwicklung besonders wichtig sind, durch Zölle schützen zu können. In den gegenwärtigen Landwirtschaftsverhandlungen kommt besonders deutlich zum Ausdruck, was in der WTO allgemein schiefläuft: Die einseitige Ausrichtung der WTO-Politik auf den Export und die Interessen multinationaler Agrarkonzerne zieht die Lebensrealitäten von KleinbäuerInnen weltweit nicht in Betracht.

## Lokale Industrie in Gefahr

Den meisten Entwicklungsländern geht es jedoch nicht primär um weitere Marktöffnungen und um einen Zollabbau. Vielmehr fordern sie ein Ende des Dumpings – des Exports von Agrargütern zu Preisen, die unter den Produktionskosten liegen – insbesondere der USA und der EU. Wegen der billigen Importe bleiben die lokalen ProduzentInnen auf ihren Erzeugnissen sitzen oder sind gezwungen, diese ebenfalls unter den Produktionskosten zu verkaufen. Zwar haben sowohl die USA als auch die EU zugesagt, ihre Exportsubventionen auslaufen zu lassen. Ein verbindliches Datum wurde jedoch bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesetzt. Zudem entledigen sich die USA über Lebensmittelhilfe ihrer Überschussproduktion.

Ein zweiter wichtiger Verhandlungsgegenstand sind die Industriegüter. Bereits das 1948 in Kraft getretene Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen Gatt hatte den schrittweisen Zollabbau auf Industriegütern zum Ziel. Das Abkommen wurde jedoch vorwiegend von Industrieländern mit ähnlichem Entwicklungsstand unterzeichnet, die nach dem Zweiten Weltkrieg den Welthandel wieder ankurbeln wollten. Als Industriegüter werden alle Güter bezeichnet, die nicht der Landwirtschaft entstammen. Insbesondere die EU, die USA, Kanada und die Schweiz fordern von den Entwicklungsländern nun einen radikalen Zollabbau. Mit einer fixen Zollabbauformel sollen die Entwicklungsländer gezwungen werden, ihre zum Teil recht hohen Zölle zu senken und später gänzlich

aufzuheben. Viele Entwicklungsländer argumentieren jedoch, dass sie aus zwei Gründen auf Zölle angewiesen sind.

Erstens bieten Zölle Schutz der eigenen Industrien gegen billige Importe. Was geschehen kann, wenn dieser Schutz wegfällt, zeigen viele Beispiele aus den achtziger Jahren, als der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank von den Entwicklungsländern, die um einen Kredit nachsuchten, einen weitgehenden Zollabbau forderten. So gingen etwa im Senegal aufgrund einer Zollsenkung um siebzig Prozent ein Drittel aller Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren. Ähnliche zerstörerische Wirkungen gab es in Ghana, Kenia und vielen Ländern Lateinamerikas. In Brasilien, Ecuador, Nicaragua und Peru verschärfte die Markt-

öffnung für Industrieprodukte die Arbeitslosigkeit. Gerade in den arbeitsintensiven Produktionsbereichen wie der Bekleidungsindustrie, in der überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt waren, verloren diese ihr Einkommen, das oft für die ganze Familie reichen musste.

Zweitens bedeutet die Senkung von Zöllen für viele Entwicklungsländer den Verlust von Einnahmen. Während in Industrieländern die Zolleinnahmen weniger als zwei Prozent des staatlichen Haushalts ausmachen, beträgt dieser Anteil in Entwicklungsländern zwanzig bis fünfzig Prozent. Diese Ausfälle müssten durch neue Einnahmequellen kompensiert werden. Entsprechende Steuersysteme fehlen aber in den meisten Ländern. Der Auf- und Ausbau von effektiven und sozialen Steuersystemen würde zudem voraussetzen, dass die Steuerflucht von Eliten (auch mit Hilfe der Schweizer Banken) unterbunden und Steuergeschenke an ausländische Konzerne abgeschafft würden.

Dass die Industrieländer einerseits von den ärmeren Ländern derart forsch den Zollabbau fordern und gleichzeitig von einer WTO-Entwicklungsrunde sprechen, mutet zynisch an. Gerade die USA und die Länder der EU haben zu Beginn ihrer Industrialisierung dieselben Schutzmassnahmen angewandt, die sie nun den Entwicklungsländern verbieten wollen: England schützte durch Zölle seine Baumwollindustrie vor der Konkurrenz aus Indien, und die USA erhoben im 19. Jahrhundert die höchsten Zölle auf Importe verarbeiteter Produkte. Erst als die USA nach dem Zweiten Weltkrieg ihre unangefochtene Vormachtstellung erreicht hatten, begannen sie, sich für einen uneingeschränkten Welthandel einzusetzen.

## Neue Märkte für den Norden

Der dritte strittige Themenbereich sind die Dienstleistungen. Vor allem für die starken Dienstleistungsbranchen des Nordens stellt der Handel mit Dienstleistungen ein Potenzial dar. So erwartet zum Beispiel die Lobby der US-Gesundheitsindustrie neue Möglichkeiten, um auf ausländische Gesundheitsmärkte zu expandieren. Europäische Wasserkonzerne drängen die Entwicklungsländer dazu, ihre Wasserwirtschaft für sie zu öffnen. Auch die Finanzdienstleister, zu denen die Schweizer Banken und Versicherungen gehören, ermuntern die Entwicklungsländer dazu, ihre Märkte für sie zu öffnen. Sie möchten ihre →

## SO IST DIE WTO ORGANISIERT

148 Länder sind WTO-Mitglieder, 19 weitere befinden sich in Beitrittsverhandlungen. WTO-Generalsekretär ist seit September 2005 der frühere EU-Handelskommissar Pascal Lamy. Das höchste Organ der WTO ist die Konferenz der Wirtschafts- und HandelsministerInnen, die mindestens alle zwei Jahre tagt. Sie bestimmt die zu verhandelnden Themenbereiche und muss ihre Beschlüsse im Konsens fällen. In den letzten zehn Jahren sind zwei Konferenzen (Seattle, USA 1999 und Cancún, Mexiko 2003) gescheitert, weil die MinisterInnen zu keiner Einigung kommen konnten. Die WTO-Verhandlungen kamen darum in den letzten Jahren zunehmend ins Stocken. Vorbereitet werden die Entscheidung in ständigen Verhandlungen am Hauptsitz in Genf sowie in informellen Treffen rund um den Erdball. Trotz ihrer Machtfülle wird die WTO weder von einem Parlament kontrolliert noch ist sie einer Uno-Organisation rechenschaftspflichtig.

## Die wichtigsten Abkommen

→ Das Gatt (General Agreement on Tariffs and Trade) regelt den internationalen Güterhandel. Ein wichtiges Unterabkommen des Gatt betrifft die Landwirtschaft.

→ Das Gats (General Agreement on Trade in Services) regelt den grenzüberschreitenden Dienstleistungs-

handel. Dazu gehören auch Bereiche des Service public wie die Energie- und Wasserversorgung und der Gesundheits- und Bildungsbereich.

→ Das Trips (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) regelt handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums. Dazu gehören Patente.

→ Das DSU (Dispute Settlement Understanding) ist ein Übereinkommen zur Streitbeilegung in internationalen Handelsfragen.

## Die Ländergruppierungen

→ Die Gruppe der starken Länder des Südens G 20: Ägypten, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Guatemala, Indien, Indonesien, Kuba, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Philippinen, Südafrika, Tansania, Thailand, Venezuela, Simbabwe

→ Die Gruppe der agrarimportierenden Entwicklungsländer G 33: Antigua und Barbados, Belize, Benin, Botswana, China, Dominikanische Republik, Elfenbeinküste, Grenada, Guyana, Haiti, Honduras, Kongo, Kuba, Indien, Indonesien, Jamaika, Kenia, Madagaskar, Mauritius, Mongolei, Moçambique, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Senegal, Sri Lanka, Südkorea, Surinam, Tansania, Trinidad und Tobago, Türkei, Uganda, Venezuela, Sambia, Simbabwe

## DOKUMENTATION UND VERANSTALTUNG

→ Die eben erschienene WTO-Dokumentation «WTO Transparent», (farbig, 32 Seiten, 6 Franken) kann bezogen werden bei der Erklärung von Bern (EvB), Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 277 70 00, info@evb.ch.

→ In den WTO-Diskussionen sind Finanzmärkte und die Rolle der ausländischen Grossbanken in Entwicklungsländern bis anhin kaum ein Thema. Dabei spielt die Schweiz in diesem Bereich eine zentrale Rolle. Die EvB informiert über diesen Aspekt an einer Tagung: Donnerstags, 1. Dezember 2005, Hotel Kreuz, Bern: «WTO und die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen». Freier Marktzugang für Banken – Wer bezahlt den Preis? Mit ReferentInnen aus Nord und Süd sowie aus Verwaltung und Wirtschaft. Ausführliches Programm und Anmeldung (erforderlich) unter www.evb.ch, Tel. 044 277 70 00, oder über info@evb.ch



**cuboro**<sup>®</sup>

Die Kugelbahn  
fürs ganze Leben.

[www.cuboro.ch](http://www.cuboro.ch)



**cuboro**<sup>®</sup>

Die Kugelbahn  
fürs ganze Leben.

[www.cuboro.ch](http://www.cuboro.ch)



**cuboro**<sup>®</sup>

Die Kugelbahn  
fürs ganze Leben.

[www.cuboro.ch](http://www.cuboro.ch)

## WTO

**ENTWICKLUNGSLÄNDER** Die Länder des Südens verändern allmählich die Machtbalance innerhalb der WTO.

# Ständig stärker

Waren die Entwicklungsländer nach der Gründung der WTO nur selten gemeinsam aufgetreten, änderte sich dies mit der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999. Frustriert über den intransparenten und undemokratischen Verhandlungsprozess veröffentlichten lateinamerikanische, karibische und afrikanische Staaten gemeinsame Protestnoten gegen die vielen informellen Treffen, an denen sie nicht teilnehmen durften. Zum ersten Mal wurden so fehlende Transparenz und mangelnde Demokratie in der WTO thematisiert. Ein weiterer Meilenstein war die informelle Zusammenarbeit praktisch aller Entwicklungsländer beim Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten im TRIPS-Abkommen. Dabei übernahm die afrikanische Gruppe, welche die am stärksten von Aids betroffenen Länder repräsentiert, zusammen mit Indien und Brasilien (den wichtigsten Exporteuren preiswerter Generika), die Führung. Auf der Ministerkonferenz in Doha 2001 konnte diese breite Allianz gegen heftigen Widerstand vor allem der USA und der Schweiz eine politische Deklaration durchsetzen. Diese hält fest, dass das TRIPS-Abkommen es den Regierungen erlaubt, bei Gefährdung der öffentlichen Gesundheit patentgeschützte Medikamente herstellen oder importieren zu lassen, ohne über die erforderlichen Lizenzen der PatentinhaberInnen zu verfügen. Auch wenn diese Deklaration noch nicht zufrieden stellend umgesetzt ist, zeigt das Beispiel, dass Entwicklungsländer WTO-Regelungen zu ihren Gunsten beeinflussen können, wenn sie zusammenarbeiten.

### Neue Interessengruppen

Nach Seattle scheiterte vier Jahre später eine weitere WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko). Waren in Seattle insbesondere Meinungsverschiedenheiten zwischen der EU und den USA ausschlaggebend gewesen, weigerten sich in Cancún die Entwicklungsländer, eine gemeinsame Ministererklärung zu unterschreiben. Eine breite Gruppierung wandte sich unter der Führung Malay-

siens und Indiens gegen neue Themen und insbesondere gegen ein Investitionsabkommen in der WTO.

Eine weitere starke Gruppierung trat bereits kurz vor Cancún aufs Parkett: die G 20 (siehe Kasten), eine Gruppe von über zwanzig Ländern des Südens, angeführt von Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika und China. Sie suchten die Machtprobe mit den USA, der EU und Japan und forderten diese auf, ihre Agrarsubventionen sowie die Exportförderung drastisch abzubauen. Weiter verlangten sie von den Industrieländern Zugeständnisse, ihre Märkte für Landwirtschaftsprodukte aus Entwicklungsländern zu öffnen. Dabei ist bemerkenswert, dass die G 20-Länder nicht diesel-

**Die führenden Industrieländer reagierten gereizt.**

ben Interessen verfolgten. Während beispielsweise Brasilien vorrangig eine Öffnung der Agrarmärkte in den Industrieländern anstrebt, ist Indien sehr stark an einem Schutz seines Inlandsmarktes für Industrie- und Agrargüter interessiert. Doch versuchten diese so unterschiedlichen Länder zunächst, sich auf einen Kompromiss zu einigen und die Interessen der eher kleinbäuerlich strukturierten Länder gegen die offensiven Interessen der Agrexportureure zu verteidigen. Die führenden Industrieländer reagierten gereizt. Die USA übten vor allem auf die lateinamerikanischen Mitglieder einen immensen Druck aus, sodass Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, El Salvador und Peru die G 20 bald wieder verliessen. Dennoch ist diese inzwischen ein neuer starker Verhandlungspartner. Dies zeigt sich darin, dass deren Vorschläge in den Landwirtschaftsverhandlungen als Verhandlungsgrundlage

anerkannt werden. Auch gehören neu Brasilien und Indien zur Kerngruppe der so genannten Five Interested Parties, der wichtigsten WTO-Mitgliedsländer, die nun vor der nächsten WTO-Ministerkonferenz in Hongkong die WTO-Verhandlungen vorsprengen sollen.

Wird es Brasilien und Indien gelingen, die Interessen der anderen Entwicklungsländer und insbesondere die Bedürfnisse der Bevölkerung in diesen Ländern zu vertreten? Daran bestehen grosse Zweifel. So befürchtet die G 33, die Gruppe der agrarimportierenden Entwicklungsländer, dass in der Landwirtschaft lediglich das Thema Marktöffnungen dominieren wird. Ihre Kernanliegen, das Recht, Zölle zum Schutz der eigenen Agrarprodukte zu erlassen und sich gegen billige Importe schützen zu können, drohen unterzugehen.

### NGO-Proteste

Viele Nichtstaatliche Organisationen (NGO) kritisieren die G 20 heftig. Anlässlich eines G 20-Treffens in Delhi im März 2005 organisierten KleinbäuerInnen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen einen Protestmarsch und übermittelten der G 20 eine Botschaft. Darin forderten sie diese auf, nicht nur die Vorschläge des Agrobusiness zu vertreten, ihre auf Marktzugang fokussierten Vorschläge zurückzuziehen und vermehrt die Bedürfnisse der kleinstrukturierten Landwirtschaft zu vertreten, insbesondere das Recht, die eigene Landwirtschaft zu schützen. Zudem forderten sie mehr Transparenz. Die in Genf und Bangkok tätige NGO Focus on the Global South wirft der G 20 vor, sie unterwerfe sich den zwei einflussreichsten Mitgliedern Brasilien und Indien.

Während es im Bereich der Landwirtschaft insgesamt starke Gruppierungen gibt, bestehen hinsichtlich der Dienstleistungsverhandlungen nur lose Zusammenschlüsse. Eine starke Interessenvertretung der ärmeren Länder wäre umso notwendiger, als die Industrieländer, vorab die EU und die Schweiz, neu eine Mindestanzahl von Marktöffnungen im Dienstleistungsbereich fordern. ♦

→ Bankdienstleistungen insbesondere den reichen Städten anbieten können.

Die meisten Entwicklungsländer haben einen schwachen Dienstleistungssektor. Demzufolge spielt für sie der Export von Dienstleistungen nur eine minimale Rolle, im Gegensatz zu den Industrieländern, die sich durch das WTO-Dienstleistungsabkommen Gats den Zutritt zu neuen Märkten in den grossen Entwicklungsländern erhoffen. So entfallen von allen weltweiten Dienstleistungsexporten 42 Prozent auf die EU, 19 Prozent auf die USA, 4 Prozent auf Lateinamerika und rund 2 Prozent auf Afrika. Die Entwicklungsländer hegen schwerwiegende Bedenken, ihren Dienstleistungssektor zunehmend der Konkurrenz des Nordens aussetzen zu müssen und haben bis anhin bei der WTO nur zögerlich Liberalisierungsangebote vorgelegt.

### Einschränkung der Rechte

Während im Landwirtschafts- und Industriebereich vor allem Zölle einen Schutz vor der internationalen Konkurrenz bieten, sind dies im Dienstleistungsbereich Regeln. So ist zum Beispiel der Service public in der Schweiz gesetzlich verankert, ausländische Investoren müssen Auflagen erfüllen. Solche Regelungen werden in der WTO zunehmend als Handelshemmnisse angesehen und müssen nach WTO-Recht «angemessen, objektiv und unparteiisch angewendet werden». Falls sich ein ausländisches Unternehmen durch solche innerstaatlichen Regelungen in einem Gastland diskriminiert fühlt, kann es durch die eigene Regierung beim WTO-Schiedsgericht eine Klage gegen das Gastland veranlassen. So soll in einem Konfliktfall also die WTO beurteilen, ob eine Regelung angemessen, objektiv und unparteiisch ist. Dadurch wird für Regierungen die Möglichkeit, ihre Handels- und Investitionspolitik zu regulieren, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene empfindlich eingeschränkt. Indem die Gats-Regelungen auch auf lokaler Ebene gelten, erleiden wichtige Dezentralisierungsprozesse, wie sie in einzelnen Ländern angestrebt werden, einen empfindlichen Rückschlag. In der Schweiz, aber auch weltweit sind bereits viele Gemeindebehörden aufmerksam

darauf geworden, dass das Gats ihre Gemeindeautonomie unterwandern könnte. Sie haben sich zu Gats-freien Zonen erklärt. Europaweit sind es bereits über tausend Gemeinden, in der Schweiz 77\*.

### Die Liberalisierungsfalle

Bis anhin wurde das Gats-Abkommen von den Industrieländern als ein sehr flexibles Abkommen gepriesen: Es sei äusserst entwicklungsfreundlich, weil die einzelnen Länder frei wählen könnten, ob und wo sie liberalisieren wollten. Mit dieser Flexibilität soll es nun vorbei sein. Einige Industrieländer, voran die Schweiz, verlangen von den Entwicklungsländern eine Mindestanzahl von Bereichen, welche sie dem Markt öffnen müssen.

Mit diesem Vorschlag droht das Fass zu überlaufen. Vor vier Jahren wurde den Entwicklungsländern an der Ministerkonferenz in Doha eine so genannte Doha-Entwicklungsrunde versprochen. Mit den Vorschlägen, die zurzeit auf dem Tisch liegen, haben die meisten mehr zu verlieren als zu gewinnen.

**\*GATS-FREIE GEMEINDEN SIND:** Alle JU, Ballens VD, Bergen BE, Basel BS, Baulmes VD, Berolle VD, Bex VD, Bière VD, Birc AG, Bussy-Chardonney VD, Châtillon FR, Chigny VD, Corcelle-près-Payerne VD, Corsier-sur-Vevey VD, Cossonay VD, Courroux JU, Courtételle JU, Cronay VD, Crocy VD, Cuacens VD, Delémont JU, Denens VD, Donneloye VD, Dotzigen BE, Echandens VD, Echichens VD, Ecublens VD, Epiquez VD, Essertines-sur-Yverdon VD, Fribourg FR, Fontanezier VD, Genf GE, Glattfelden ZH, Hölstein BL, Iseltwald BE, Kesswil TG, L'Abergement VD, La Chaux-de-Fonds NE, Laupen BE, Leimiswil BE, Le Locle NE, Lens VS, Lignecolle VD, Linden BE, Lonay VD, Madiswil BE, Martherenges VD, Meyrin GE, Moiry VD, Mollens VD, Morges VD, Neuenege BE, Pailly VD, Plaffeien FR, Rafz ZH, Renens VD, Romainmôtier-Envy VD, Romanel-sur-Lausanne VD, St-Cierges VD, Ste-Croix VD, St-Légier-La Chiésaz VD, St-Saphorin-sur-Morges VD, Seftigen BE, Stein am Rhein SH, Vaulion VD, Vaux-sur-Morges VD, Vellerat JU, Vevey VD, Vernier GE, Vugelles-La Mothe VD, Vuitebœuf VD, Wagenhausen TG, Winkel bei Büllach ZH, Worz BE, Yverdon-les-Bains VD, Yvonand VD, Zürich ZH.

Weitere Infos: [www.hors-agcs.ch](http://www.hors-agcs.ch), [www.stoppgats.ch](http://www.stoppgats.ch)

## DIE WTO UND DIE SCHWEIZ

# Viel fordern, nichts geben

«Die Geiselnahme des Handelssystems durch die Agrexportureure muss beendet werden. Es kann nicht angehen, dass 8,2 Prozent des Welthandels das ganze Handelssystem unterminieren.» Dies schrieb Luzius Wasescha, der Schweizer Chefunterhändler bei der WTO, in der «NZZ am Sonntag» vom 30. Oktober 2005. Er verwendete Vergleiche aus dem Tierreich und sprach von einer Diktatur der vier Elefanten (USA, EU, Brasilien, Indien) in der WTO. Tatsächlich müssen viele Schweizer BäuerInnen mit den gegenwärtigen Vorschlägen der Agrexportureure um ihre Existenz bangen, schützt die Schweiz doch die eigenen Produkte wie Fleisch, Gemüse und Milch mit Zöllen von mehreren hundert Prozent. Einen Maximalzoll von hundert Prozent will die Schweiz ebenso wie ihre Verbündeten deshalb nicht akzeptieren. Sie hat sogar mit einem Veto gedroht. Bei den Agrarzöllen decken sich die Interessen der Schweiz mit denen vieler Entwicklungsländer. Auch die ehemaligen Kolonien von EU-Ländern, die so genannten APK-Staaten (Afrika, Pazifik, Karibik), fürchten sich vor einem allgemeinen Zollabbau, weil sie dadurch ihren bevorzugten Marktzugang in die EU verlieren würden.

Während sich die Schweiz für eine geschützte, multifunktionale Landwirtschaft einsetzt, die auch den Landschafts- und Tierschutz sowie die regionale ländliche Entwicklung mitberücksichtigt, gebärdet sie sich in den zwei umstrittenen diskutierten Bereichen – Industriegüter und Dienstleistungen – selbst als Elefant. Die Schweiz fordert insbesondere von den grossen Entwicklungsländern den radikalen Zollabbau bei Industriegütern, um sich neue Märkte für Schweizer Industrieprodukte sichern zu können. Als Joseph Deiss, der für die WTO-Politik zuständige Bundesrat, an einer Pressekonferenz Ende Juli 2005 in Genf gefragt wurde,

wie er mit dem Widerspruch umgehe, antwortete er, man könne diese beiden Bereiche nicht vergleichen.

Zudem hätten Zölle im Industriebereich heutzutage einen viel geringeren Stellenwert als früher. Entwicklungspolitische Bedenken, die Zolleinnahmen in vielen Entwicklungsländern würden noch immer einen beträchtlichen Teil des nationalen Budgets ausmachen und Zölle einen Schutz für schwächere Industrien bieten, liess er nicht gelten. Die Schweiz fordert von Entwicklungsländern auch den Marktzugang für ihre Banken, Versicherungen, Tourismus- und Transportunternehmen. Ausserdem unterstützt sie die Forderung der EU, dass die Entwicklungsländer eine vorgeschriebene Mindestanzahl von Marktöffnungen im Dienstleistungsbereich vornehmen müssen. Zwar beteuert Bundesrat Deiss in einem Brief vom 15. August 2005 an die Erklärung von Bern (EvB), dass sich die Schweiz für ein flexibles Gats-Abkommen einsetze, das den einzelnen Ländern erlaube, frei zu entscheiden, welche Sektoren sie der internationalen Konkurrenz aussetzen wollten. Aber in Tat und Wahrheit hat die Schweiz inzwischen eine Messmethode entwickelt, um die eingegangenen Liberalisierungsangebote zu prüfen. Sollten diese nicht den Erwartungen der Industrieländer entsprechen, soll der Druck auf die Entwicklungsländer verstärkt werden. Damit bricht auch die Schweiz mit einem Versprechen von 1994, der Zusage nämlich, dass es sich beim Gats um ein besonders entwicklungsfreundliches WTO-Abkommen handeln würde. Wie hat es Luzius Wasescha selbst formuliert: «Es wagt doch sicher niemand im Ernst zu glauben, dass die vier Elefanten die andern WTO-Mitglieder (...) zu einfachen wiedererkäuenden Zuschauern degradieren, die dann in Hongkong nur als Ja-sager geduldet würden. Es geht hier um die Glaubwürdigkeit der Werte.» ♦



cuboro ist das klassische Mehrgenerationenspiel. Kinder und Erwachsene spielen gemeinsam und sind doch ihren jeweiligen Fähigkeiten entsprechend gefordert.

Die cuboro Elemente werden aus Buchenholz der Region Emmental/Oberaargau gefertigt. Die Verarbeitung erfolgt seit 20 Jahren in einer Familienschreinerei der Gegend. cuboro ist ein ökologisches Schweizer Qualitätsprodukt. [www.cuboro.ch](http://www.cuboro.ch)

REKLAME